Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 196. für Anhalt und Thüringen. **Jahrgang 200.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Familienbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile od. deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Sonnabend, 27. April 1907.

Geschäftsstelle in Berlin: Dellauerstraße 14. Telephon-Amt VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 27. April.

Aus der Debatte über den Militäretat.

Zur zweiten Lesung des Militäretats lagen dem Reichstage Resolutionen vor, in denen die Ausdehnung der Portovergünstigungen auf die Postsendungen von Militärpersonen in die Heimat, ferner Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und der Unteroffiziere und schließlich energischere Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, sowie Maßregeln gegen die Bewucherung der Offiziere verlangt wurden. Daß diese Wünsche auf konservativer Seite der größten Sympathie begegnen, braucht nicht erst versichert zu werden. Namens der konservativen Fraktion stellte Herr von Oldenburg dies auch in vortrefflichen und sehr wirkungsvollen Ausführungen unzweideutig fest.

Die im Auftrage seiner politischen Freunde von dem konservativen Redner dem Kriegsminister ausgesprochene Versicherung, daß sie auf das deutsche Offizierkorps, auf die deutsche Armee und auf die deutsche Heeresverwaltung mit vollem Vertrauen blicken, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Dieses Vertrauen ist ohne Zweifel auch durch die Fürsorge der Heeresverwaltung für die Angehörigen des Soldatenstandes vollauf gerechtfertigt, und wenn Herr von Oldenburg unter schärfster Verurteilung der Soldatenmißhandlungen die Ueberflüssigkeit der diesen Gegenstand behandelnden Resolution betonte, so war das vollauf begründet; denn selbst Bebel hatte diesmal nur sehr geringfügiges Material zu diesem Thema beibringen können, ein Beweis, daß die Maßnahmen der Heeresverwaltung gegen das in seinen Einzelerscheinungen kaum ausrottbare Uebel durchaus wirksam und genügend sind.

Was die Bewucherung der Offiziere anlangt, so ist das ein äußerst trauriges Kapitel. Die Konservativen sind bekanntlich Feinde des Wuchers in jeder Gestalt und werden zu seiner Bekämpfung immer bereit sein. Aber wie gerade der Bewucherung von Offizieren entgegengetreten werden soll, ist unerfindlich; auch die freisinnigen Antragsteller wüßten kein Mittel dafür anzugeben. Dankenswert ist die Anordnung, daß, wie Herr von Einem mitteilte, auf den Kriegsschulen Kurse gehalten werden sollen, in denen die Offiziere zunächst über das Wechselrecht belehrt werden. In bezug auf die Lohnerhöhungen wies der konservative Redner darauf hin, daß eine Erhöhung der Bezüge der Unteroffiziere bereits eingetreten ist, und daß eine Besserstellung der Soldaten selbstverständlich in unserer ganzen Tendenz liegt. Aber die Erfüllung der Dienstpflicht wird immer, wie Herr von Oldenburg ausführte, zum größten Teile eine Ehrenpflicht des deutschen Soldaten sein. Auch hier schenken wir der Militärverwaltung das Vertrauen, daß alles als notwendig Anerkannte geschehen und dem Reichstage Vorschläge gemacht werden.

„Wir hoffen, daß dann auch die Parteien des Hauses die Mittel dafür ohne irgend welche Vorbehalte, wie sie eben der Abg. Bebel gemacht hat, bewilligen. Im übrigen werden wir aber gegen die Resolution stimmen. Wir haben die Ueberzeugung, daß diese Resolution, da sie von den Sozialdemokraten ausgeht, agitatorische Zwecke verfolgt. Ich stütze mich dabei auf die Gefahr hin, mir wieder ein Stirnrunzeln des Diktators zuzuziehen, auf ein Buch des Dr. Liebknecht. Da steht unter den Maßregeln zur Propaganda: Daneben muß sich die Partei in immer verstärktem Maße der Unteroffiziere und Soldaten annehmen, ihre materiellen und persönlichen Interessen in Presse und Parlament vertreten und so in gesetzlich nicht zu beanstandender Weise die Sympathie dieser Kreise erwerben. Wie Sie (zu den Soz.) im übrigen über das Militär denken, geht aus den Ausführungen des Abg. Bebel hervor. Er hat eben selbst zugegeben, daß Sie trotz der schönsten Reden gegen den Etat im ganzen stimmen. Auf dem Parteitage zu Mannheim sagte Herr Bebel: Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die seit 30, 40 Jahren so systematisch das Budget für militärische, koloniale und Marinezwecke abgelehnt hat wie in Deutschland."

Der sozialdemokratische Antrag ist in der Tat nichts weiter als eine Demonstration, die den Zweck hat, Unzufriedenheit in das Heer zu tragen. Dies in wirksamer Weise beleuchtet und durch zahlreiche sozialdemokratische Auslassungen erhärtet zu haben, war ein wesentliches Verdienst des konservativen Redners, der sich durch Störungen und Zwischenrufe der „Genossen" nicht aus der Ruhe bringen ließ. Die Verspottung Bebels als eines Mannes, der deshalb alljährlich so lange von militärischen Dingen spreche, weil er nie Soldat gewesen sei und davon nichts verstehe, erregte ebenso die stürmische Heiterkeit des Hauses wie sein treffender Ausspruch: „Die ganze sozialdemokratische Agitation ist eine Spekulation auf die Dummheit der Massen."

Sehr wirksam führte Herr von Oldenburg auch das Verlangen Bebels nach Herabsetzung der militärischen Dienstzeit ab. Er bemerkte: „Wir können jedenfalls für die preußische Armeeorganisation und die dreijährige Dienstzeit in Anspruch nehmen, daß auf diesem Wege Düppel, Königgrätz und Sedan erreicht ist. Wir haben die Hoffnung, weil wir das absolute Vertrauen haben zu dem Verständnis unserer Heeresleitung, daß wir solchen Erfolgen entgegengehen bei der zweijährigen Dienstzeit, aber unter diese Dienstzeit herabzugehen, dazu müßte erst die zweijährige Dienstzeit ihre Probe bestehen, die hoffentlich noch lange Zeit dauern wird." Das sind Worte, die aus der Seele jedes Patrioten gesprochen sind. Friedfertig, aber wachsam und wohlgerüstet! Das muß die Losung der Deutschen sein und bleiben.

---

* **Die Budgetkommission des Reichstags** bewilligte am Freitag die Etatforderung von 892 320 Mark zum Grunderwerb für die Errichtung eines Dienstgebäudes für das Reichsmilitärgericht. Sodann gelangte bei der fortgesetzten Beratung des Etats der Schutzgebiete eine Erklärung zur Annahme, wonach für diejenigen Schutzgebiete, die eines Reichszuschusses nicht mehr bedürfen, ein Ausgabenfonds aus den eigenen Einnahmen zu bilden ist, aus dem etwaige Fehlbeträge Deckung finden können. Im Laufe der Beratung über den Etat von Togo, der Annahme fand, kamen die Zollverhältnisse zur Sprache. Aus der Kommission wurde die Erhöhung des Zolles für Spirituosen gefordert, um den Alkoholkonsum einzuschränken. Kolonialdirektor Dernburg erwiderte, die Alkoholfrage müsse vorsichtig geregelt werden, damit man nicht den Schmuggel fördere, ohne den Konsum zu vermindern. Bei dem Titel Zivilverwaltung wurde von Regierungsseite erklärt, die Landgesellschaft habe sich bereit erklärt, an die Eingeborenen Land zurückzugeben. Die Verwaltung trage Sorge, daß die Art der Rückgabe den Interessen der Eingeborenen entspreche. Nach kurzer Debatte gelangte sodann der Etat für Neuguinea zur Annahme; ebenso der Etat für die Karolinen, Palau, Marianen und Marschall-Inseln. Der Kolonialdirektor teilte dabei mit, er habe einer Gesellschaft die Konzession zur Gewinnung von Phosphaten erteilt, die dem Reiche wohl in Zukunft eine Verzinsung des Kaufpreises für die Kolonien bieten werde. Bei der Beratung über den Etat für Samoa, der von der Kommission als zu üppig bezeichnet wurde, erklärte Kolonialdirektor Dernburg, er habe auf den ersten Blick den gleichen Eindruck gehabt, seine Ansicht aber nach eingehendem Studium geändert. Der Etat wird angenommen.

* **Bestrafung der Majestätsbeleidigungen.** Der am Freitag dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf über die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen hat folgenden Wortlaut:

„Für die Verfolgung und Bestrafung der in den Paragraphen 95, 97, 99 und 101 des Strafgesetzbuches bezeichneten Vergehen gelten nachstehende Vorschriften: Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der Paragraphen 95, 97, 99 und 101 strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird. Die Verfolgung tritt, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein. Für den Bereich der Militärstrafgerichtsbarkeit ist nur in Friedenszeiten die Genehmigung erforderlich und steht deren Erteilung der Militärjustizverwaltung zu. Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Absatz 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des 14. Abschnittes des Strafgesetzbuches Anwendung."

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es u. a.:

Die Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Majestätsbeleidigung führen unter Umständen zu Strafurteilen, die dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht entsprechen. Indem das Gesetz als Majestätsbeleidigung jede Aeußerung, die einen beleidigenden Inhalt hat, unterschiedslos unter Strafe stellt, nötigt es, in Verbindung mit dem das Strafverfahren beherrschenden Legalitätsprinzip zur strafrechtlichen Ahndung auch in solchen Fällen, in denen die Bestrafung weder durch das Staatsinteresse, noch auch durch die Rücksicht auf die beleidigte fürstliche Person gefordert wird. Um die hieraus sich ergebenden Härten zu mildern, sind mehrfach besondere Anordnungen über die Handhabung des landesherrlichen Begnadigungsrechts ergangen, wodurch, wie allgemein anerkannt, eine Abschwächung der Härten erreicht ist. Es läßt sich jedoch nicht verkennen, daß es richtiger ist, die dauernde Abhilfe gegen die vorhandenen Mißstände durch eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften herbeizuführen. Der vorliegende Gesetzentwurf sucht diesen Zweck zu erreichen, indem er einerseits eine engere Begrenzung das strafrechtlichen Tatbestandes nach der subjektiven Seite vorsieht, andererseits die Strafverfolgung in gewissen Beziehungen einschränkt. Seine Vorschriften beziehen sich nicht nur auf Beleidigungen des Kaisers, sondern auch der Bundesfürsten. Eine strafbare Beleidigung soll nur dann vorliegen, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird und sodann, wenn die Absicht des Täters gerade auf die Herabsetzung der Ehre der beleidigten fürstlichen Person gerichtet war. Die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen, die nicht öffentlich begangen sind, tritt nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein.

* **Reichstagsersatzwahl.** Bei der am 26. cr. stattgehabten Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis 17, Sachsen (Glauchau-Meerane) erhielt Dr. Clauß (nat.-lib.) 12 710, Mollenbuhr (Soz.) 17 165 Stimmen; letzterer ist somit gewählt.

---

* **Das Kaiserpaar in Homburg.** Freitag nachmittag besichtigten Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin die neue evangelische Kirche und machten dann einen Spaziergang nach dem Gothischen Hause.

---

* **Nach Ostasien.** Der Dampfer „Borussia" mit dem 934 Mann starken Ablösungstransport für das Kreuzergeschwader in Ostasien ist Freitag mittag in See gegangen.

* **Herr von Puttkamer.** Wie nach dem „B. L.-A." verlautet, wird Herr von Puttkamer in etwa sechs Wochen auf seinen Posten als Gouverneur nach Kamerun zurückkehren.

Das Urteil im Prozeß gegen Herrn von Puttkamer, der, wie berichtet, von der Kaiserlichen Disziplinarkammer zu Potsdam wegen Dienstvergehen in drei Fällen mit einem Verweise und einer Geldbuße von 1000 Mk. bestraft worden ist, hat bereits Rechtskraft erlangt, da sowohl der Vertreter der Anklagebehörde sowie der Angeschuldigte selbst ihren formellen Verzicht auf die Einlegung des Rechtsmittels der Berufung vor Gericht erklärt haben.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung vom 26. April, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Einem.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt bei dem Kapitel Artillerie- und Waffenwesen.

Abg. **Pauli** (kons.) wünscht für die Oberbüchsenmacher und Kasernen-Inspektoren ein höheres Rangieren innerhalb des Beamtenkörpers und bemängelt, daß das Arbeitsfeld der Meister in den Spandauer Werkstätten zu groß sei. Es gebe dort Meister, denen 574 Leute unterstellt seien. Da sei eine Kontrolle unmöglich. Es müssen mehr Meister angestellt werden. Redner geht dann, mit den Zeichnern fortfahrend, ziemlich sämtliche Beamten- resp. Gehilfen-Kategorien in jenen Werkstätten durch, um für sie mehr oder weniger ausgiebige Aufbesserungen für notwendig zu erklären.

Abg. **Zubeil** (Soz.) weist zunächst hin auf das Spionagesystem, das in Spandau bestehe. Beamte und Ingenieure beteiligten sich an diesem schmutzigen System, das seine Spitze gegen die Sozialdemokraten unter den Arbeitern kehre. In mancher Beziehung sei es ja — infolge der von ihm alljährlich hier vorgebrachten Beschwerden — in den Spandauer Instituten besser geworden. Mit den ungerechtfertigten Maßregelungen und Entlassungen sei es aber im wesentlichen beim alten geblieben, wie eine Anzahl Fälle erkennen ließen. Auch eine einwandfreie jahrelange Tätigkeit schütze nicht vor plötzlicher Entlassung oder vor Versetzung in eine schlechtere, weniger lohnende Beschäftigung. In Bezug auf Urlaubserteilung sollte sich die Spandauer Verwaltung die sonst so viel geschmähten sozialdemokratischen Privatbetriebe zum Muster nehmen! Wer auch nur im mindesten Anstoß erregt habe, sich unbotmäßig gezeigt haben sollte, erhalte keinen Urlaub in Spandau!

Abg. **Becker-Köln** (Ztr.) wünscht für die Arbeiter in den Reichswerkstätten eigene Pensionskassen.

Gen.-Leutnant **Sixt von Armin:** Bei Wiedereinführung dieser Kassen würden die Arbeiter schlechter gestellt sein als bisher. Früher bestanden die Kassen, sie haben sich aber nicht bewährt. Dem Abg. Pauli muß ich erwidern: Die Ober-Büchsenmacher sind Militärbeamte, und als solche können sie nur entweder obere oder untere Beamte sein. Dazwischen gibts nichts. Die Klagen des Abg. Zubeil werden geprüft werden, aber ich nehme schon jetzt an, daß dabei nichts herauskommt. Ich kann nur bedauern, daß der Herr Abgeordnete immer wieder unbescholtene Leute hier angreift, die sich nicht verteidigen können und zu deren Verteidigung mir auch hier das Material fehlt. Für die Abwehr der sozialdemokratischen Agitatoren in unseren Betrieben übernimmt das Kriegsministerium die volle Verantwortung. Wir haben sogar angeordnet, daß in unserem Betriebe keine Leute aufgenommen werden, die sich sozialdemokratisch betätigen. Wir wollen in unseren Betrieben nur Leute haben, die sich ihrer Pflichten gegen den Staat bewußt sind und sich als treue Untertanen bewähren. (Beifall rechts.)

Es folgen dann wieder noch Auseinandersetzungen zwischen den Abgg. **Pauli** und **Zubeil.** Dieser behauptet dabei u. a., daß ein Ingenieur in Spandau sich der Gesinnungsschnüffelei schuldig gemacht und deren Ergebnisse durch Vermittelung der Direktion an das Kriegsministerium gebracht habe.

Kriegsminister **v. Einem:** Das Kriegsministerium weiß davon nichts. Soweit das Kriegsministerium in Betracht kommt, ist also die Erzählung des Herrn Zubeil falsch. (Große Heiterkeit.)

Sächsischer Oberst **von Salza:** Der Abg. Müller-Meiningen sagte vorgestern, eine Dresdener Bezirksbehörde habe einen Landwehrmann bestraft, weil er am Abend nach einer Kontrollversammlung einer Gewerkschafts-Versammlung beigewohnt habe. Beide Dresdener Bezirksbehörden haben mir nun auf Befragen geantwortet: Der von dem Herrn Abgeordneten genannte Name befinde sich überhaupt nicht in ihren Kontrollisten. Und eine Bestrafung aus jenem Grunde habe überhaupt nie stattgefunden. (Heiterkeit.)

Hierauf wird das Kapitel „Artillerie- und Waffenwesen" genehmigt. Der Rest des Ordinariums wird ohne Debatten erledigt. Beim Extraordinarium hat zu dem Titel „Beihilfen an die Gemeinden Spandau, Siegburg und Lippstadt" die Budgetkommission sich auf folgende Resolution geeinigt: den Reichskanzler zu ersuchen, noch im Laufe dieses Jahres dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Gemeindeabgaben regelt.

Abg. **Becker-Köln** (Ztr.) befürwortet dringend die Resolution.

Abg. **Pauli-Potsdam** (kons.) beklagt die Unzulänglichkeit der Beihilfe an Spandau.

Schatzsekretär **v. Stengel:** Wir haben uns grundsätzlich von jeher entgegenkommend gegen solche Wünsche von Gemeinden verhalten. Wir werden auch bei Spandau wohlwollend prüfen, ob eine Erhöhung der Beihilfe notwendig ist. Ein anderes ist nun aber die gesetzliche Regelung der Beitragspflicht der Reichsbetriebe. Man darf doch nicht vergessen, daß es sich hier nicht um Betriebe für gewerbliche Zwecke handelt, sondern um Betriebe im öffentlichen Reichsinteresse, im Interesse von Armee und Marine. Einen vorläufigen Gesetzentwurf haben wir ja nun bereits ausgearbeitet. Aber derselbe bedarf noch eingehender Prüfung. Schon die Verhandlungen zwischen dem Reiche und Preußen haben viel Zeit erfordert. Also versprechen kann ich nicht, wann Ihnen eine Vorlage zugehen wird; also — haben Sie Geduld!

Abg. **Südekum** (Soz.): Das Argument, daß es sich bei den Reichsbetrieben nicht um eigentliche Gewerbebetriebe handelt, hat gar nichts zu besagen. Den Gemeinden ist es ganz egal, ob das gewerbliche Betriebe sind oder nicht. Offenbar hat hier Preußen wieder die Hauptschwierigkeiten gemacht.

Schatzsekretär **v. Stengel:** Darin irrt der Vorredner, wenn er annimmt, daß Preußen so ganz besondere Schwierigkeiten gemacht habe. Diese liegen in der Sache!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190704272-13/fragment/page=0001

Hierauf wird die Resolution angenommen.

Eine längere Debatte entsteht dann noch bei einem der Einnahme-Titel: „Erlös für einen Bruchteil des sogen. Westeisbahn-Terrains", der an das Offizierkorps der Landwehr-Inspektion Berlin zum Bau eines Kasinos verkauft werden soll.

Der Abg. **Südekum** (Soz.) protestiert dagegen, daß das Reich überhaupt in seinem Besitz befindliches Gelände verkauft. Er berührt dabei auch den verderblichen Einfluß des Reserveoffizierstandes. Die Reserveoffiziere dürften keine andere Politik treiben als eine der Regierung genehme, wie auch der Fall des Obersten Gaedke zeige und dessen ehrengerichtliche Verurteilung aus politischen Gründen.

Kriegsminister **v. Einem**, für die Genehmigung zum Verkauf des Terrains eintretend, erklärt demgegenüber, noch niemals sei ein Offizier a. D. vor ein Ehrengericht gestellt worden „aus politischen Gründen", selbst wenn Herr Gaedke darüber anders denken sollte! (Heiterkeit.)

Abg. **Erzberger** (Referent) tritt auch als Abgeordneter für die Genehmigung des Titels ein.

Abg. **Dove** (frs. Vgg.): Wir werden dem vorliegenden Titel nicht zustimmen. Und am allerwenigsten haben uns die Gründe des Herrn Kriegsministers überzeugt. Prinzipiell sind wir mit dem Herrn Kriegsminister darin einig, daß die Heeresverwaltung nicht Kasinos für die Reserveoffiziere bauen soll. Weshalb aber denn hier diese Ausnahme? Wenn der Minster sagt, die Berliner Reserveoffiziere wünschen es, und da müsse er es tun, ja — wie will er dann ähnliche Wünsche in der Provinz ablehnen? Unser Heer ist, was auch in den Debatten der letzten Tage darüber mag gesagt worden sein, ein Volksheer. Und wir wollen alles ablehnen, auch wenn es aus den Kreisen der Offiziere a. D. und Reserveoffiziere selber hervorgeht, was diesem Charakter des Volksheeres widerstreht.

Abg. **Paasche** (nat.-lib.) beantragt Zurückverweisung des Titels an die Kommission.

Abg. **Südekum** (Soz.) vertritt nochmals seinen Standpunkt und ruft dabei seinen Freunden, als er bei ihnen Privatgespräche wahrnimmt, zu: Seien Sie doch ruhig, sehen Sie nicht, wie Herrn Erzberger von seinen Freunden der Kopf gewaschen wird? (Große Heiterkeit.)

Kriegsminister **v. Einem** kann gegenüber der Linken nicht verstehen, wie das Kasino geeignet sein soll, die Reserveoffiziere dem Verkehr mit dem übrigen Publikum zu entfremden. Zu den Reserveoffizieren gehören doch außer den Beamten auch Geschäftsleute aller Art, Kaufleute, sogar Schauspieler. (Große Heiterkeit.)

An der Debatte beteiligen sich dann noch die Abgg. **v. d. Wense, Hahn, Erzberger, Lattmann** (der u. a. bemerkt: Jeder Offizier, der direkt oder indirekt die Sozialdemokratie unterstützt, handelt ehrlos!).

Bei der Eventual-Abstimmung wird zunächst die Verkaufssumme für das Grundstück um 14 000 Mk. erhöht. Dieser Eventualbeschluß wird einstimmig gefaßt. Sodann wird der so veränderte Titel angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Freisinnigen und einzelne Stimmen vom Zentrum und den Nationalliberalen.

Der Rest des Militäretats wird debattelos erledigt.

Morgen 11 Uhr: Postetat; erste Lesung der Novelle zum Beamtengesetz.

Schluß gegen 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 26. April, 10 Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück, Beseler, Dr. v. Studt.

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt bei dem Bergetat.

Abg. **Kölle** (b. k. P.) fordert Gleichstellung der Markscheider mit den Landmessern. Die Löhne der Bergarbeiter des Oberharzes müßten aufgebessert werden.

Abg. **Dr. Volz** (natlib.) weist den Behauptungen des Abg. Korsanty in der zweiten Lesung gegenüber darauf hin, daß in den oberschlesischen Gruben die Löhne bedeutend gestiegen seien.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Der Bergetat wird genehmigt.

Zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung wünscht Abg. **Wolff-Biebrich** (natlib.) mehr Mittel eingestellt für die Haushaltungsschulen für Frauen.

Der Handelsetat wird genehmigt.

Es folgt der Etat der Justizverwaltung.

Abg. **Pallaske** (kons.) wünscht Auskunft über die Erfahrungen mit den Privattestamenten.

Abg. **Veit** (natlib.) fragt, wie es mit der Verlegung des Kammergerichts stehe, und wünscht ebenfalls Auskunft über die Privattestamente.

Justizminister **Dr. Beseler**: Ueber die Privattestamente läßt sich noch kein Urteil abgeben, da die Einrichtung noch zu neu ist. Für die Verlegung des Kammergerichts ist in diesen Etat eine Summe zu den Vorarbeiten eingestellt. In den nächsten Etat hoffe ich eine größere Summe zur Förderung der Arbeiten einstellen zu können.

Abg. **Graf Kanitz** (kons.) spricht über die Beschäftigung der Strafgefangenen und deren Verwendung in der Landwirtschaft. Bei der Leutenot ist die Beschäftigung mit landwirtschaftlichen Arbeiten von großer Wichtigkeit. In Ragnit sollten Strafgefangene beschäftigt werden, verschiedene Besitzer hatten schon Aufmendungen zu ihrer Aufnahme gemacht. Jetzt sollen die Strafgefangenen nicht von Ragnit kommen, sie sollen angeblich den freien Arbeitern keine Konkurrenz machen. Es gibt aber dort gar keine freien Arbeiter.

Ein **Regierungskommissar** erwidert, daß die Justizverwaltung gern der Leutenot abhelfen wolle. Eine in Königsberg eingesetzte Kommission habe sich aber dafür entschieden, daß die großen Kulturarbeiten den landwirtschaftlichen Arbeiten vorgingen. Jedenfalls werde aber die Justizverwaltung versuchen, nach Möglichkeit der Leutenot abzuhelfen.

Es folgt die Beratung des Kultusetats.

Die bereits in der zweiten Lesung besprochenen Anträge der Abgg. Ernst (frs. Vgg.) und Lusensky (natlib.), sowie der Abgg. v. Staudy (kons.) und Viereck (freikons.) auf Gewährung höherer Ortsmarkenzulagen für Lehrer werden abgelehnt. Hingegen gelangt ein Antrag der Budgetkommission zur Annahme, im nächsten Etat einen Fonds zur Gewährung widerruflicher persönlicher Zulagen an im Dienst befindliche und pensionierte Volksschullehrer und -Lehrerinnen in den gemischtsprachigen Teilen in der Provinz Schlesien vorzusehen.

Abg. **Dr. Volz** (natlib.) verbreitet sich unter lebhaften Zurufen des Zentrums erneut über die Franziskanerniederlassung in Oberschlesien, von der er eine Stärkung des Großpolentums befürchtet.

Abg. **Dr. Porsch** (Ztr.) bezeichnet es als hohe Ehre, für den Franziskanerorden eintreten zu können. Die Niederlassung in Oberschlesien gehe auf den Wunsch der Seelsorger zurück, dem Kardinal Kopp Rechnung getragen habe. Bezeichnend sei, daß Dr. Volz seinen eigenen Wahlkreis eine polnisch versuchte Gegend nenne.

Minister **Dr. v. Studt** bedauert, daß die Angelegenheit wieder Anlaß zu so gereizten Auseinandersetzungen gebe. Hier seien nicht politische, sondern praktische Erwägungen maßgebend. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Zahl der Franziskanermönche sei in den beiden Niederlassungen im Aufsichtswege auf vier und zwei beschränkt worden. Wie die Franziskaner in Westfalen nur der Seelsorge dienen, so könne man vertrauen, daß sie auch in Oberschlesien der großpolnischen Bewegung nicht Vorschub leisten. (Beifall im Zentrum.) Auseinandersetzungen wie die vorausgegangenen müssen die Verständigung der Deutschen bei künftigen Wahlen erschweren. (Beifall im Zentrum, Zischen bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Dr. v. Jagdzewski** (Pole): Von unserem Standpunkte aus besteht die Polenfrage nur darin, daß wir Gleichheit vor dem Gesetz fordern und von den preußischen Königen die Erfüllung der uns gegebenen Versprechen erwarten. Die Franziskanerniederlassungen in Oberschlesien entsprechen einem Bedürfnisse.

Ein **Regierungskommissar** widerspricht der Auffassung, als werde der Religionsunterricht im Auslande durchweg in der Muttersprache erteilt.

Abg. **Dr. Friedberg** (nat.-lib.) meint, die Franziskanerniederlassung in Oberschlesien habe in evangelischen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Pflicht eines Ministers sei, mißtrauisch zu sein, insbesondere gegen die Orden der katholischen Kirche. (Lachen und Lärm im Zentrum.) Welche Unterstützung habe der Minister in der Polenpolitik bisher beim Zentrum gefunden? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Der Minister lebe anscheinend noch in der früheren Auffassung, daß ohne das Zentrum sich nicht regieren lasse.

Minister **Dr. v. Studt** bemerkt, er antworte auf Friedbergs Provokationen grundsätzlich nicht mehr. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Abg. **Dr. Friedberg** (nat.-lib.) (zur Geschäftsordnung): Wenn ich hier Mißstände zur Sprache bringe, so finde ich es unerhört, daß mich der Minister der Provokation beschuldigt. (Lachen im Zentrum.) Ich muß das geradezu als illoyal bezeichnen. (Große Unruhe.)

Vizepräsident **Dr. Krause**: Das dürfen Sie einem Minister nicht vorwerfen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Stürmischer Beifall im Zentrum.)

Abg. **Kopsch** (frs. Vp.) fordert eine Statistik über die Ueberfüllung von Schulklassen zwecks besserer Beurteilung des Lehrermangels. Redner verbreitet sich nochmals über den Bremserlaß, die fachmännische Schulaufsicht usw.

Ministerialdirektor **Schwartzkopff** tritt einzelnen Bemerkungen des Vorredners über den Lehrermangel und den Bremserlaß entgegen.

Abg. **Dr. Friedberg** (nat.-lib.) bedauert, daß er sich gegenüber dem Minister zum Ausdruck illoyal habe hinreißen lassen. Der Minister hätte aber nicht verletzend angreifen müssen. Es scheint fast, daß alle Bemerkungen zum Kultusetat vom Minister als gehässige Bemerkungen gegen seine Person aufgefaßt werden. Ich empfinde keine Gehässigkeit gegen jemand. (Lachen im Zentrum.) Ich treibe keine persönliche Politik. Ich werde auch künftig reden, wenn ich es für meine Pflicht halte. (Beifall links.)

Abg. **Dr. Porsch** (Ztr.) bekämpft einzelne Auslassungen des Abgeordneten Friedberg über die Franziskanerniederlassungen. Bei den Exerzitien scheiden nationale Gesichtspunkte aus; hier richten sich die Blicke zur Ewigkeit. Wenn in einer Frage des katholischen Glaubens und der Seelsorge ein Bischof entscheidet, so ist das für die Staatsregierung ein beachtenswertes Moment, nicht aber auch die Ansicht eines nationalen Abgeordneten, der nicht auf dem Boden des katholischen Glaubens steht. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wenn Dr. Friedberg meint, es müsse jetzt ohne Zentrum regiert werden, so meine ich, er kann uns nicht zu Abgeordneten zweiter Klasse machen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Ein von den Freikonservativen und Liberalen gemeinsam eingebrachter Antrag verlangt eine Prüfung der Frage, inwieweit der Volksschulunterricht den Anforderungen des Lebens genügt und welche Maßregeln zur Beseitigung etwaiger Mängel erforderlich erscheinen.

Abg. **Schiffer** (nat.-lib.) begründet den Antrag.

Abg. **Pallaske** (kons.): Der Antrag ist theoretischer Natur. In seiner allgemeinen Fassung muß er diejenigen, die an der Volksschule tätig sind, in ein schiefes Licht bringen. Ich selbst habe die Volksschule bis zum 14. Jahre besucht und es ist mir zum hohen Segen gewesen. Seitdem hat sich manches geändert, aber zum besseren (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß die Volksschule ihre Schüler gesund an Leib und Seele entlässt. Daß die Volksschule Tüchtiges leistet, dazu gehört die gewissenhafte Mitwirkung der Gemeinden und die treue Mitarbeit der Lehrer. Meine Freunde stellen die Volksschule wegen ihrer hohen Bedeutung als gleichwertig neben den höheren Schulen. (Sehr wahr!) Den Nachweis, daß unser Volksschulwesen an erheblichen Mängeln leidet, ist uns der Vorredner schuldig geblieben. Der näheren Prüfung des Volksschulwesens wollen wir uns aber nicht entziehen und deshalb beantragen wir Verweisung des Antrages an die Unterrichtskommission. Dem Ergebnis der Prüfung sehen wir ohne Ungeduld entgegen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister **Dr. v. Studt** begrüßt die Sachlichkeit der beiden Vorredner. Die Regulative von 1873 gehen davon aus, daß bei jedem Lehrgegenstand Rücksicht auf das praktische Leben genommen werd. Deshalb will das Volksschulwesen nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen. Unser Streben nach einer besseren Vorbildung der Lehrer beweist es. Der zersetzende Einfluß der Sozialdemokratie macht sich in den Großstädten leider schon fühlbar. Die Volksschule ist bemüht und ihr ist es bisher auch gelungen, den Schülern eine gewisse abgeschlossene Bildung zu geben. In der Frage der Fachschulaufsicht schweben Erwägungen. Mit der Kommissionsberatung des Antrages ist die Unterrichtsverwaltung einverstanden.

Der Antrag wird der Unterrichtskommission überwiesen.

Nach weiterer Debatte vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Ausland.

Frankreich.

Antimilitarismus.

Am Freitag wurden in Paris sieben Personen festgenommen, die ein in den letzten Tagen durch Anschlag verbreitetes Plakat militärfeindlichen Inhalts unterzeichnet hatten.

Rußland.

Reichsduma.

Die Sitzung am Freitag galt der Interpellation wegen der Vorgänge in Riga. Zahlreiche Redner gaben neue Schilderungen der in den Gefängnissen begangenen Mißhandlungen. Der Justizminister erklärte, daß eine Untersuchung bereits angeordnet sei, und daß er weiter nichts zu bemerken habe; er sei indes erstaunt darüber, daß die Berichte über die Grausamkeiten keinerlei Angaben enthielten über die Quellen, wo Beweise zu finden seien.

Revolverattentat.

Der Kreispolizeichef in Karsun (Gouv. Simbirsk) wurde von einem ehemaligen Studenten des Veterinärinstituts durch drei Revolverschüsse schwer verwundet; der Täter wurde festgenommen.

Nordamerika

Die Ausstellungs-Eröffnung in Jamestown.

Aus Norfolk (Virginia) wird uns unterm 26. April folgendes gemeldet: Bei der Eröffnung der Ausstellung in Jamestown hielt Präsident Roosevelt eine Ansprache, in der er zunächst die Vertreter der ausländischen Regierung begrüßte. Besonders begrüßte der Präsident die Vertreter Großbritanniens und Irlands, indem er auf die Tatsache hinwies, daß es Männer englischen Stammes gewesen seien, die das meiste zur Bildung des amerikanischen Nationalcharakters beigetragen hätten. Der Präsident begrüßte dann die Vertreter der kontinentalen Staaten Europas und sagte dabei, fast von jeder Nation des Kontinents habe Amerika einen Teil seines Blutes und seiner Charakterzüge bezogen. Mit dieser Blutmischung sei eine Art beispielloser Entwickelung von statten gegangen, und daher unterschieden sich die Amerikaner scharf von allen Nationen Europas, die noch in einzelnen Richtungen im Grunde mit ihnen verwandt seien. Der Präsident begrüßte des weiteren die amerikanischen Schwesterrepubliken, deren Aufgaben in weitem Maße mit denen der Vereinigten Staaten identisch seien. Roosevelt entkot schließlich seinen Gruß den asiatischen Völkern und sprach besonders ein herzliches Willkommen den Vertretern des „mächtigen Inselreiches Japan" aus, das, während es vom Westen lernte, gezeigt habe, daß es dem Westen seinerseits so sehr viel zu lehren hätte. Präsident Roosevelt sprach dann seine aufrichtigsten Wünsche für die Wohlfahrt der verschiedenen Nationen aus und erklärte, er glaube, daß in dem menschlichen Denken jetzt eine aufsteigende Flutwelle sei, die auf ehrlichen, internationalen Frieden hinzielte. Der Präsident gab sodann eine Uebersicht über die Geschichte Amerikas. Er ermahnte die gegenwärtige Generation, sich durch Taten und nicht durch Worte als würdige Söhne ihrer Vorfahren zu erweisen und erinnerte an den Grundsatz Washingtons, der sicherste Weg, einen Krieg zu vermeiden, ist: darauf vorbereitet zu sein. Nichtsdestoweniger seien die ersten Aufgaben nicht militärische, sondern soziale und industrielle. Zur Beseitigung der Uebelstände, welche Amerikas gewaltiger industrieller Aufschwung mit sich gebracht habe, müsse eine Kontrolle ausgeübt werden über das Geschäftsleben, um zu verhüten, daß die Anhäufung von allzu großen Reichtümern des einzelnen und besonders von Gesellschaften das öffentliche Interesse schädige, ohne jedoch solche rechtmäßigen Gewinne zu verbieten, da sie die Initiative des einzelnen erhöhten. Gegen Uebeltäter, ob große oder kleine, solle man wenig Nachsicht üben. Jeder Mann sollte nach seinem Werte behandelt werden, ohne Unterschied. — Die Feierlichkeiten zur Eröffnung der Ausstellung selbst sind programmgemäß verlaufen; die große Wasserfläche bei Hampton Roads mit den beflaggten Schiffen bot bei herrlichem Wetter einen malerischen Anblick dar.

Afrika.

Aus Marokko.

Der französische Kreuzer „Lalande" ist vor Tanger eingetroffen. — Die Eingeborenen von Casablanca sollen einen jüdischen Kaufmann, einen portugiesischen Schutzbefohlenen, getötet haben.

Aus Nah und Fern.

Schwere Unruhen auf Santa Lucia. Die Kohlenträger auf der Insel Santa Lucia haben nach einer Meldung aus Barbados von neuem Unruhen hervorgerufen. Auf Ersuchen des Gouverneurs sind am Donnerstag eine Abteilung Freiwilligen-Truppen mit einem Maximgeschütz und Mannschaften der Polizeitruppen dorthin abgegangen. — Ueber den Verlauf der Unruhen wird durch das englische Kolonialamt folgende Mitteilung bekanntgegeben: Die Aufrührer plünderten Läden aus, verbrannten viel Zuckerrohr und beschädigten die Zuckerfaktoreien. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch, tötete vier und verwundete 22. Nach einem Donnerstag abend abgesandten Telegramm des in Santa Lucia eingetroffenen Gouverneurs der Windward-Inseln ist das schlimmste vorüber. Ein holländisches Kriegsschiff liegt im Hafen. Die Admiralität hat den Kreuzer „Endeafatigalle" nach Santa Lucia beordert.

Das Steigen des Dnjepr nimmt drohende Dimensionen an. Einige Straßen der Unterstadt Kiew stehen unter Wasser. Der Verkehr wird mittels Booten durchgeführt. Die Bewohner der unteren Stockwerke verlassen ihre Wohnungen. Das Wasser steigt immer mehr und droht großen Schaden anzurichten.

Der Typhus in Cartagena. Meldungen aus Cartagena stellen fest, daß nur unter den Truppen der Garnison einige Fälle von Typhus vorgefallen, sowie daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Kasernen gerämmt und die Mannschaften in die umliegenden Forts gelegt worden sind.

Der Kellnerstreik in Paris. Die Arbeitgeber der Kaffeehauskellner und die Restaurateure haben den Schiedsspruch eines Friedensrichters, den die Regierung angeregt hatte, verworfen.

Die Genickstarre im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet: Am 23. April fand auf Veranlassung des Kultusministers Dr. v. Studt im Landratsamte in Gelsenkirchen über den Gang und die Bekämpfung der übertragbaren Genickstarre im rheinisch-westfälischen Industriegebiet eine Beratung statt, an welcher eine größere Zahl von Vertretern der Behörden und der Industrie und Aerzten des Industriebezirkes teilnahmen. Als Kommissar des Ministeriums wohnte der Geheime Obermedizinalrat Professor Dr. Kirchner der Beratung bei. Die Genickstarre ist Anfang Dezember vorigen Jahres aufgetreten und hat seitdem zwar eine große räumliche Ausdehnung erlangt, die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle ist aber eine verhältnismäßig geringe geblieben. Auch war der Verlauf bis jetzt verhältnismäßig leicht. In der Mehrzahl der Kreise ist bereits ein Rückgang festzustellen. Es ist die Hoffnung berechtigt, daß mit Eintritt der warmen Witterung die Seuche noch weiter zurückgehen wird. Ein Anlaß zur Beunruhigung ist nicht vorhanden.

Beabsichtigte Bombenattentate? Aus Burgas (Bulgarien) ist eine anderweit nicht bestätigte Meldung in Athen eingegangen, die besagt, das makedonische Komitee hätte an die Konsuln die Aufforderung gerichtet, ihre Staatsangehörigen zu sofortigen Geldzahlungen an das Komitee zu veranlassen, widrigenfalls die Konsulate Ostern in die Luft gesprengt würden; das Konsularkorps habe darauf beschlossen, den Präfekten zu benachrichtigen.

Professor v. Mosetig. Augenzeugen berichten aus Wien, daß der vermißte Professor v. Mosetig sich am Donau-Ufer Augen und Kopf gewaschen habe und dabei vermutlich ins Wasser gestürzt sei. Er rief um Hilfe, doch hatte ihn die Strömung bereits erfaßt; die Rettungsversuche eines Schiffers blieben ohne Erfolg; bisher ist auch die Leiche nicht gefunden worden. Mosetig, der im 70. Lebensjahre stand, litt an Arterienverkalkung und war häufigen Schwindelanfällen unterworfen.

Ueber das Erdbeben in Italien am 24. cr. wird weiter berichtet: In Canemarozo (Prov. Palermo) rief der heftige Erdstoß eine große Panik unter der Bevölkerung hervor, dieselbe floh aus dem Ort. In Gemine erfolgte das Erdbeben gerade in dem Augenblicke, als die Kirche von Gläubigen dicht gefüllt war. Es entstand eine Panik, jeder suchte den Ausgang zu erreichen. Bei dem entstehenden Gedränge wurde eine Frau erdrückt und mehrere Personen schwer verletzt.

Hochwasser. Nach einer Meldung aus Salzburg ist die Salzach binnen 24 Stunden um 2½ Meter gestiegen. Acht beim Bau der elektrischen Bahn Salzburg—Berchtesgaden beschäftigte Arbeiter, welche die hochgehende Ache passieren wollten, wurden von den Flut fortgerissen; vier ertranken, die übrigen wurden gerettet.

Unbegründeter Verdacht. Der Offiziersbursche in Metz, der bekanntlich am Dienstag unter dem Verdachte verhaftet worden war, in letzter Zeit mehrere Mädchen und Frauen durch Stiche verletzt zu haben, ist wieder in Freiheit gesetzt worden, da der Verdacht sich als unbegründet erwiesen hat.

Von der Grube Courrières. Der Grubenbelegierte Simon hat einen Bericht verfaßt, worin er versichert, daß in der Grube 3 von Courrières das Feuer noch andauere und daß in der Nähe des Schachtes „Josefine" eine Hitze von 39 Grad herrsche. Die Gesellschaft hat unverzüglich Maßnahmen getroffen, um einer neuen Katastrophe vorzubeugen.

Infolge des steten Steigens der Donau ist die Stadt Widdin ernstlich bedroht; die Bürger treffen Anstalten, die Stadt zu verlassen.

Ausstand. Auf der Zeche „Graf Bismarck" bei Essen sind 140 Schlepper wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190704272-13/fragment/page=0002

Ein orkanartiger Sturm riß von einem dreistöckigen Hause in Prag eine 25 Kilogramm schwere Dachverzierung. Ein gerade vorübergehender zwölfjähriger Knabe wurde getötet, ein anderer verwundet.

Von der See. Aus Wilhelmshaven wird uns gemeldet: Das Schiff „Gretje Lina" ist untergegangen. Die Besatzung wurde gerettet.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. Aus dem mitteldeutschen Braunkohlengebiet, 26. April. (Gegen die Maifeier.) Die heute in Leipzig versammelt gewesenen Vertreter der Bergwerke des Halleschen, Zeitzer, Weißenfelser und des Meuselwitzer Reviers, sowie der sächsischen Reviere beschlossen, eine an sie herantretende Forderung um Freigabe des 1. Mai bestimmt abzulehnen und gegen die feiernden Arbeiter vorzugehen.

§ Aus dem Kreise Querfurt, 26. April. (Unglücksfall. — Landwirtschaftliches.) Beim Schneiden von Futterrüben kam das fünfjährige Töchterchen des Landwirts E. Rockstroh in Zeuchfeld der Maschine zu nahe und gerieet mit der rechten Hand in das Getriebe, wodurch dem bedauernswerten Kinde drei Finger abgequetscht wurden. — Nicht allein durch Auswinterung der im Herbst bestellten Saaten ist den Landwirten unserer Gegend erheblicher Schaden zugefügt worden; wie sich jetzt herausstellt, sind auch die Kleefelder sämtlich erfroren und es dürfte sich deshalb bald genug Mangel an Grünfutter und später noch mehr an Rauhfutter bemerkbar machen. Dagegen sind die Sommersaaten, begünstigt durch die feuchtkalte Witterung, gut aufgegangen. Auch die Obstbäume haben mit Ausnahme der Spätbirnen und Spätäpfel reiche Tragknospen angesetzt.

— Vom Südharze, 26. April. (Verschiedenes.) Der Prozeß der beiden Städte Nordhausen und Wernigerode als Zinsgaranten der Harzquerbahn gegen die Stadtgemeinde Benneckenstein wegen verweigerter Garantiezinsenzahlung ist jetzt vom Landgerichte Nordhausen ohne Beweisaufnahme zugunsten der Kläger (der Städte Nordhausen und Wernigerode) entschieden worden. — Das vom Provinzialverbande der Kommunalbeamten gekaufte Hotel „Eulingswiese" beim südharzischen Badestädtchen Sachsa wird als Erholungsheim für Kommunalbeamte am 12. Mai d. J. eingeweiht und eröffnet werden. — Am 23. cr. fand, von Bahnhof Bleicherode beginnend, die landesbaupolizeiliche Abnahme der neuen Nebenbahn Bleicherode-Herzberg statt.

— Dessau, 26. April. (Kreisverein vom Roten Kreuze.)) Nach dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht des hiesigen Kreisvereins vom Roten Kreuz für 1906 ist die Zahl der Mitglieder von 1366 auf 1446 gestiegen. Für die Sanitätskolonnen im Kreise wurden 280 Mk. verausgabt. Die Sammlung für unsere Krieger in Südwestafrika erbrachte außer vielen Liebesgaben 898 Mk. in barem Gelde. Krankenpflegestationen befinden sich jetzt in 13 Orten des Kreises. Für die Einrichtung von 6 neuen Stationen sind 5541 Mk. verausgabt worden. Die Einnahme des Kreisvereins betrug einschl. des Kassenbestandes 22 610,48 Mark, die Ausgabe 2636,45 Mk. In der Krankenpflege betrug die Einnahme 8643,80 Mk., die Ausgabe 6928,55 Mk.

— Dresden, 26. April. (Festnahme eines Juwelendiebes.) Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen internationalen Juwelendieb in der Person des Kaufmanns Rapp aus Basel festzunehmen. Er ist geständig, im Dezember 1905 in Wien in ein Juwelengeschäft eingebrochen und Schmucksachen im Betrage von mehr als 20 000 Kronen gestohlen zu haben.

W. Koburg, 26. April. (Der Koburgische Speziallandtag) hat einstimmig das neue Domänengesetz genehmigt, wonach für alle Zeiten der Reinertrag der Domänen dem herzoglichen Hause und der Staatskasse zu gleichen Teilen zufällt.

— Allerlei aus der Provinz und den angrenzenden Staaten. Die Stadtverordneten zu Magdeburg setzten die Steuerzuschläge auf 152 Proz. zur Einkommensteuer (12 Proz. mehr als bisher) und auf 196 Proz. zu den Realsteuern (16 Proz. mehr) fest. — Im Alter von 79 Jahren starb auf Talgut Oschatz Oekonomierat Robert Karl Gadegast. Der Verstorbene war Ehrenbürger der Stadt Oschatz. In weiteren Kreisen war er als Besitzer der berühmten Elektoral-Stammzüchterei bekannt. — Mit der Wiederherstellung der Telegraphenverbindung Schierke—Brocken, die im Winter stets abgenommen wird, ist am 25. cr. begonnen worden. Am 1. Mai nimmt die Postagentur Brocken ihren Dienst wieder auf. — Donnerstag mittags traf die verwitwete Herzogin von Anhalt-Dessau zum Besuche in Sondershausen ein. — Der 26. Bezirkstag des Verbandes der Glaser-Innungen Thüringens, der Provinz Sachsen und Anhalts findet am 5. Mai d. Js. im Etablissement „Heinrichsbrücke" in Gera statt. — Dem koburgischen Speziallandtag ist ein Separationsgesetz nach preußischem Muster zugegangen. — In Eilenburg starb im 66. Lebensjahre der bekannte pädagogische Schriftsteller Lehrer a. D. Wernecke. — Die vereinigten Strickwarenfabrikanten Mühlhausens haben beschlossen, alle ihre Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, bis zum 13. Mai auszusperren. — In Genthin fiel das fünfjährige Söhnchen Erich des Fleischermeisters K. Wolff beim Spielen mit einem Kameraden in die sogenannte „Arche" am Mühlgraben und ertrank.

Letzte Telegramme.

Hamburg, 26. April. In der Angelegenheit des Arbeitsverhältnisses der wiederangestellten Schauerleute machen sich neue Schwierigkeiten geltend. Trotz der angenommenen Bedingungen werden die während des Streiks beschäftigten arbeitswilligen Schauerleute durch die wiederangestellten Schauerleute arg belästigt und gemißhandelt. Die Reeder haben die Polizeibehörde um verstärkten Schutz gebeten.

Straßburg, 26. April. Der Lothringer Block hat sich zu einer unabhängigen Lothringer Partei mit festbegrenztem Programm zusammengeschlossen und stellt als seinen Endzweck den Grundsatz der uneingeschränkten Aufrechterhaltung des lothringischen Partikularismus auf Grund der Reichsverfassung hin.

Pest, 26. April. Die Führer der Nationalitäten haben die Weisung ausgegeben, im Falle, daß die Schulvorlagen vom König doch bestätigt werden und zur Ausführung gelangen sollten, wie in Posen einen allgemeinen Schulstreik durchzuführen.

Graz, 26. April. Das Hochwasser hat bei Turnau (Obersteiermark) drei Menschenleben gefordert, einen Schulknaben und zwei Arbeiter.

Paris, 26. April. Minister Pichon empfing heute die ständige Delegation der französischen Friedensgesellschaften, die den Wunsch aussprach, daß auf der Haager Friedenskonferenz der obligatorische Schiedsspruch angenommen und die Frage der Beschränkung der Rüstungen wenigstens besprochen werden möge. Pichon gab die Versicherung ab, daß Frankreich auf der nächsten Haager Konferenz dieselbe Haltung bewahren werde, die es im Jahre 1899 eingenommen habe.

Petersburg, 26. April. Heute wurden hier drei sozialistische Zeitungen geschlossen. Ferner wurde die heutige Nummer des „Nuskoje Znamia", des Organs der wahrhaft russischen Leute, beschlagnahmt.

Tanger, 26. April. Es bestätigt sich, daß ein portugiesischer Jude in Casablanca von einem Neger, der im Solde eines Eingeborenen stand, getötet worden ist. Der Mörder erhielt 1 Fr. als Preis für sein Verbrechen.

Madrid, 26. April. Wie die „Epoca" meldet, wird die Deputiertenkammer 258 Konservative, 62 Liberale, 30 Republikaner, 17 Catalanisten, 15 Carlisten, 9 Demokraten, 4 Unabhängige, 2 Integristen und einen Katholiken umfassen. Sechs Sitze sind noch zu besetzen.

Wetter-Aussichten auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte in Hamburg. (Nachdruck verboten.)

Sonntag, 28. April: Bewölkt, wärmer, Regenfälle.
Montag, 29. April: Wolkig, milde, Strichregen.

Wasserstände. (Letzte amtliche Nachrichten.)

Saale: Halle + 2,16, Trotha + 2,74, Alsleben + 2,28, Bernburg + 1,84, Calbe, Oberpegel + 1,80, Calbe, Unterpegel + 1,68. — **Unstrut:** Straußfurt + 1,95. — **Moldau:** Budweis + 0,96, Prag + 1,18. — **Havel:** Brandenburg, Oberpegel + 2,30, Brandenburg, Unterpegel + 2,02, Rathenow, Oberpegel + 1,79, Rathenow, Unterpegel — 1,56, Havelberg + 3,30. — **Elbe:** Pardubitz + 0,88, Brandeis + 1,55, Melnik + 1,12, Leitmeritz + 1,28, Aussig + 1,84, Dresden — 0,21, Torgau + 2,51, Wittenberg + 3,11, Roßlau + 2,90, Aken + 3,21, Barby + 3,16, Magdeburg + 2,68, Tangermünde + 3,78, Wittenberge + 3,47, Lenzen + 3,58, Dömitz + 2,99, Darchau + 2,65, Lauenburg + 2,87.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

W. T. B. In der Sitzung der Schatzanweisungs-Konsortien des Reiches und Preußens am 26. April wurde beschlossen, in der Hauptsache nur Zeichnungen auf gesperrte Stücke zu berücksichtigen und kleine Zeichnungen besonders zu bevorzugen. Die Zuteilungsbriefe sollen am Dienstag, den 30. April, abends von den Zeichnungsstellen abgesandt werden. Die gesperrten Stücke bleiben bis zum 15. Oktober bei den Zeichnungsstellen.

W. In der Sitzung des Verwaltungsrats der Kaiser Ferdinands-Nordbahn am 26. cr. wurde beantragt, vom Reingewinn für 1906 im Betrage von 20 445 245 Kronen ausschließlich des Gewinnvortrages für 1905 im Betrage von 2 644 621 Kronen eine Gesamtdividende von 272,50 Kronen pro ganze Aktie zu verteilen und 2 785 551 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen.

W. B. Fusion. Wie die „Rheinisch-Westfälische Ztg." zuverlässig erfährt, ist zwischen den Aufsichtsräten des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch und dem Hohen Limburger Fabrik- und Hüttenverein ein Vertrag zustande gekommen, der demnächst den Generalversammlungen vorgelegt wird, wonach letzteres Werk an Hoesch übergeht.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. Hamburg, 26. April. Tägliche ausländ. Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Kansas II April 191½ M, Walla Walla fob. lose 197½ M, Austral. fob. April/Mai 202 M, Bahia Blanca 80 kg schwim. 193½ M, April/Mai 194 M, 79 kg April/Mai 193¼ M, 78 kg April/Mai 192 M, Rosafé 80 kg schwim. 194 M, La Plata 81 kg ungar. April/Mai 195½ M, Donau 73/74 kg April/Mai 189 M. — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 10/15 April 183 M, 15/20 April/Mai 184 M, Herbst 168 M. — **Futtergerste:** Südruss. 60/61 kg schwim. 148 M, lad. gelad. 147 M, April 146 M, Mai/Juni 141 M. — **Mais:** Mixed Dampfer „Walderjee" 134¼ M, La Plata Mai/Juni 135½ M, Donau-Bulg. Mai 134 M, Mai/Juni 132 M, Odessa schwim. 134½ M.

— Berlin, 26. April. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 198,00—200,00 M ab Bahn, Juli 196,50 M, September 190,50 M. Roggen Mai 184,50 M, Juli 185,50 M. Hafer, märk., medl., pomm., preuß., pol. und schles. fein 194,00—198,00 M, mittel 189,00—193,00 M, gering 185,00—188,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais amerik. mixed 144,00—147,00 M, runder 143.00 bis 146,00 M ab Bahn und frei Wagen. Gerste inländ. Futterware mittel und geringe 157,00—165,00 M, gute 166,00—176,00 M, russ. und Donau leichte 152,00—156,00 M, schwere 156,00—166,00 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futtererbsen, mittel 170,00—176,00 M, feine und Taubenerbsen 178,00—186,00 M ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 25,00—26,50 M, Roggenmehl 0 und 1 23,70—25,10 M. Weizenkleie 11,40—12,00 M, Roggenkleie 12,50—13,00 M — Preise um 2 Uhr: Weizen fest, Mai 195,25 M, Juli 196,75 M, Sept. 190,25 M. Roggen fest, Mai 184,25 M, Juli 185,75 M, Sept. 170,00 M. Hafer fest, Mai 187,00 M, Juli 189,50 M, Sept. 166,25 M. Mais geschäftslos, Mai 138,00 M, Juli 136,00 M. Rüböl schwankend, April 71,50 M, Mai 69,60 M, Oktober 63,40 M.

L. Weltmarkt. Berlin, 26. April. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 75 gr., Mai 195,25, Juli 196,75. New-York, Red Wint. 2, loko 134,40, Mai 136,90. Chicago, Northern I Spring Mai 121,80, Juli 125,70. Liverpool, Red Wint. 2, Mai 146,70. Paris, Lieferungsw., April 187,00. Budapest, Lieferungsw., Mai 147,40. Odessa, Ulka $9^{25}/_{30}$ 3—4% Bef. einschl. Bordospes., loko 130,00. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordix., 121,95. **Roggen:** Berlin 712 gr., Mai 184,25, Juli 185,75, Odessa, $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospes. loko 122,10. **Hafer:** Berlin 450 gr., Mai 187,00, Juli 189,50. **Mais:** Berlin, Lieferungsw., Mai —,—. New-York mixed, Mai 96,00. Buenos-Aires, Durchschn.-Qual. bordpr. 85,45

Stroh und Heu.

Halle a. S., 26. April. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 2,30 M.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh 1,60 M; Weizenstroh 1,55 M; zu Strenzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,90 M, 2,10 M, Weizenstroh 1,90 M, 2,10 M in einzelnen Fuhren; Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh 2,00 M, Weizenstroh 2,00 M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer beste Sorten bei Partien: 2,50—2,75 M, in einzelnen Fuhren: 3,00 M; gute fremde Sorten bei Partien: 2,25—2,40 M, in einzelnen Fuhren: 2,50—2,80 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: —,— M; minderwertige Sorten nicht angeboten.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,05 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,50 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,20 M, im einzelnen vom Lager hier 2,75 M.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— Berlin, 26. April. Kartoffelstärke 17,75—18,25 Mk., Kartoffelmehl 17,75—18,25 Mk., feuchte Stärke —,— Mk.

Spiritus.

— Nordhausen, 26. April. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 59,25—60,25 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 66.25—67.25 Mk. per loko und Mailieferung 75 Pfg. teurer ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten E. V. durch die Handelskammer notiert.

— Hamburg, 26. April. Spiritus fest, April 19 G., April-Mai 19 G., Mai-Juni 19 G.

— Paris, 26. April. Spiritus fest, April 36,75 Mai 37,00 Mai-August 36,75, September-Dezember 35,75.

Oele und Oelfrüchte.

— Bericht über den Oelkuchenmarkt von Achenbach & Co., Hamburg, 26. April. Das Geschäft liegt nach wie vor ruhig. Die Stimmung ist aber im allgemeinen fester. — Erdnußkuchen und -Mehl. Die Preise sind unverändert. Das Angebot ist unbedeutend, aber auch die Nachfrage läßt zu wünschen übrig. Preis: 138—156 M für 1000 kg ab Hamburg, je nach Güte und Gehalt. — Baumwollsaatmehl. Von Amerika kommen wieder festere Berichte und die Forderungen sind daher wieder etwas höhert. Preis: 132—148 M für 1000 kg ab Hamburg je nach Güte und Gehalt. — Kokoskuchen. Es wird wenig Ware angeboten und die Lage des Marktes ist fest. Preis: 138 bis 148 M für 1000 kg ab Hamburg. — Palmkuchen. Die Lage des Marktes ist unverändert. Preis: 121—126 M für 1000 kg ab Hamburg. — Leinsaatkuchen. Die Stimmung ist wieder fester und die Forderungen sind hie und da etwas höher. Preis: 136—144 M für 1000 kg ab Hamburg. — Reisfuttermehl. Die Notierungen sind unverändert. Preis: 95—105 M für 1000 kg ab Hamburg.

— Köln, 26. April. Rüböl loko 72,50, Mai 71,50, Okt. 68,00

— Hamburg, 26. April. Rüböl fest, loko verzollt 70,00.

— Paris, 26. April. Rüböl fest. April 75,25, Mai 74,25, Mai-August 73,50, September-Dezember 73,25.

— Amsterdam, 26. April. Leinöl fest, loco 24½, Mai 24⅜ Juni-August 24¼, September-Dezember 24¼, Januar-April 23½.

W. Pest, 26. April. Raps per August 14,05 Gd., 14,15 Br.

Zucker.

+ Braunschweig, 26. April. (Originalbericht von Quensell & Spannuth.) Rohzucker: Der Wochenumsatz des hiesigen Bezirks beträgt ca. 46 000 Ztr. Es notieren heute für 100 kg: Brotraffinade —,— M lose in blau Papier, Würfelraffinade I —,— M inkl. Kiste, Würfelraffinade II —,— M inkl. Kiste, gem. Raffinade —,— M inkl. Sack b. f. n., gem. Melis —,— M inkl. Sack b. f. n.; für 50 kg: Krystallzucker —,— M, Kornzucker 88° Rdmt. 9,05 bis 9,20 M exkl., Nachprodukte 75° Rdmt. —,— M exkl. Rübenmelasse 43° Bé a. G. (81,5° Brix) —,— M. für 50 kg exkl.

W. Hamburg, 26. April. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per April 19,00, per Mai 19,05, per August 19,30, per Oktob. 18,75, per Dezember 18,65, per März 18,90. Tendenz: stetig.

W. London, 26. April. 96% Java-Zucker loko stetig, 10 sh. 6 d. Verk. Rüben-Rohzucker loko ruhig, 9 sh. 5½ d. Wert.

Kaffee.

— Hamburg, 26. April. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos Mai 28¼ G., September 29¼ G., Dezember 29¾ G., März 30 G. Tendenz: behauptet.

— Havre, 26. April. Kaffee. Good average Santos Mai 36,25, September 36,00, Dezbr. 36,25, März 36,25. Tendenz: behauptet.

— Amsterdam, 26. April. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 33½.

W. Rio de Janeiro, 25. April. Kaffee. Zufuhren 9 000 Sack in Rio, 30 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— Bremen, 26. April. Baumwolle, ruhig. Upland middling loco 57½ Pfg.

— Antwerpen, 26. April. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Mai 5,97½ bez. September 5,72½ bez. Behauptet.

— Liverpool, 26. April. Baumwolle. Umsatz 14 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per April 5,94, per April-Mai 5,86, per Mai-Juni 5,86, per Juni-Juli 5,80, per Juli-August 5,77, per Aug.-Sept. 5,71, per Sept.-Okt. 5,67, per Okt.-Nov. 5,63, per Nov.-Dez. 5,61, Dez.-Jan. 5,61.

Petroleum.

— Hamburg, 26. April. Petroleum fest, Standard white loko 6,80 Br.

Metalle.

— Amsterdam, 26. April. Bancazinn fest, loco 117.

— London 26 April. Silber 30 5/16 Lstrl., Chili-Kupfer 104½ Lstrl., per 3 Monate 101 Lstrl., Blei, span. 20 Lstrl., engl. 20⅜ Lstrl., Zinn 193½ Lstrl., Zink 26 Lstrl.

— Glasgow, 26. April. Roheisen, Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 58 sh. 7 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— Magdeburg, 26. April. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 89 Rinder, 118 Kälber, 136 Schafvieh usw., 1234 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Ochsen: A. ——, B. ——, C. ——, D. —— M. Bullen: A. ——, B. 36—38, C. 33—35, D. 30—32 M. Kalbenu. Kühe: A. ——, B. ——, C. 27—29, D. 24—26, E. 20—23 M. Kälber: A. ——, B. 42—48, C. 32—40, D. —— M. Schafe: A. 37 bis 39, B. ——, C. 30—35 M. Schweine (mit 20% Tara): A. 50, B. 47—49, C. 43—46, D. 40—45 M. — Verlauf und Tendenz: flau. Ueberstand: 5 Rinder, 23 Kälber, 13 Schafe, 110 Schweine.

Magerviehhof in Friedrichsfelde. (Amtlich.)

⊙ Friedrichsfelde, 26. April. Auftrieb: 1979 Stück Rindvieh, 202 Kälber. Milchkühe 1193, Zugochsen 278, Bullen 123, Jungvieh 385 Stück. Verlauf des Marktes: Mittelmäßiger Geschäftsgang, gute Kühe gesucht. Preise anziehend. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: a) 4—8 Jahre alte Primakühe 450 bis 520 M, I. Qual., gute schwere 320—425 M, II. Qual., gute mittelschwere 220—315 M, III. Qualität, leichte 170—215 M; b) ältere Kühe I. Qualität, gute schwere 240—345 M, II. Qual., mittelschwere 170—230 M; c) tragende Färsen 215—380 M B. Zugochsen: 1. Norddeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qualität —,— M, II. Qualität —,— M, III. Qualität —,— M; 2. Süddeutsches Vieh pro Ztr. Lebendgewicht: a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder I. Qualität 44—48 M, II. Qualität 40—43 M, III. Qualität 37 bis 39 M; b) Pinzgauer I. Qual. 43—47 M, II. Qual. 39—42 M, III. Qual. 36—38 M; c) süddeutsches Schecktvieh, Simmenthaler, Bayreuther I. Qualität 42—46 M, II. Qual. 39—41 M, III. Qual. 36—38 M. C. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Fersen pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qual. 35—38 M, II. Qual. 32—34 M. D. Bullen zur Zucht: Ostfriesen, Oldenburger und Simmenthaler 360—625 M.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 26. April. Roter Winter-Weizen loko 88½, per April ——, per Mai 90½, per Juli 90¾, per Septbr. 91⅝. Mais per Mai 59½, per Juli 58⅜, per Sept. ——. Mehl 3,20. Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. Chicago, 26. April. Weizen per Mai 80⅝, per Juli 83¼. Mais per Mai 49¾.

W. New-York, 26. April. Petroleum Standard white in New-York 8,20, do. in Philadelphia 8,15, do. in Refined Cases 10,65, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 26. April. Schmalz Westernsteam 9,10, Rohe und Brothers 9,25.

Verantwortlich: für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: Ludwig Morlchert, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190704272-13/fragment/page=0003

Berliner Börse, 26. April 1907

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1. Jan.	*4* 1. Apr.	*7* 1. Juli	*O* 1. Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.
2 1. Febr.	*5* 1. Mai	*8* 1. Aug.	*N* 1. Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 15.6.12.
3 1. Mrz.	*6* 1. Juni	*9* 1. Spt.	*D* 1. Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.

q₁ quartaliter 1.1.4.7.10, *q₂* do. 1.2.5.8.11, *q₃* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 5½%, Lombardzinsfuss 6½%, Privatdiskont 4%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																																												
Dt. Rchs-Schatz	v	3½	99.20G	Berl. Pf. neue	a	4	100.30bG	Türk. unif. 05	e	4	86.10G	Frz. Jos. Silb	d	5	—.—	Pr. Ctr. Bd 90	d	4	99.30bG	Schalk. Gr99	a	*4	97.75B	Glückauf .	O	9	137.80G	Dt. Asph. G.	1	10	140.25G	Kruschwitz Z.	7	12	233.00bG	Schött Rhdt.	1	9	119.00G				
fäll. 1.7.08	a	3½	98.80G	do. do.	a	3½	93.75b	do. 400 Fr. L.	—	frc.	141.20b	Gal. Crl. Lw 90	a	4	—.—	do. uk. 99u08	a	4	99.60G	Schl. Kleinb3	a	*4½	100.80G	Henning. Rfb	O	5½	88.75G	do. Gasglübl.	7	22	292.00bG	Kunz Treibr.	1	10	133.50G	Schlfg. Huck	1	8	129.00G				
fäll. 1.10.08	d	3½	98.70G	do. do.	a	3	84.90G	Ung. Goldrnt	a	4	94.50b	Kasch. O. Gld	a	4	97.50G	do. uk. 01u10	a	4	99.90b	Schuck. & C2	a	4	98.30G	Herkul. Cass	O	11	193.00b	do. Jut. i. M.	1	15	189.00bG	Küpperb. & S	1	14	206.25bG	Schub. & Slz.	4	25	345.00bG				
fäll. 1.4.09	d	3½	98.50bB	Landsch. Ctr.	a	4	—.—	do. kleine	a	4	95.10b	do. Silb. 89	a	4	—.—	do. uk. 03u12	a	4	100.10G	do.	2	d	4½ 102.10G	Höcherlbräu	O	4	65.60b	do. Kabelw.	1	7	110.00bG	Kupferw.-Dt.	1	10	139.00b	SchuckertEl.	8	5	113.50G				
Dt. Rchs-Anl.	v	3½	95.30bG	do. do.	a	3½	94.00G	do. Kronenrt	f	4	94.25bG	Kronp. Rudb.	d	4	—.—	do. uk. 06u16	a	4	100.50bG	Schulth. Br. 5	a	*4	—.—	Holsten .	O	10	183.25G	do. Lin. Rixd.	1	15	191.25G	Kyffhäuser h	1	0	147.00b	Fr. Schulz jr.	1	23	296.00G				
do. do.	v	3	84.40b	do. do.	a	3	84.20G	do. kleine	f	4	94.25bG	do. (Salzkg.)	d	4	99.30bG	do. 86/89 94	v	3½	93.00b	Siem. El. B. 3	d	4½	101.50G	Hugger Pos.	O	8½	138.80G	do. Speisew.	O	10	189.50G					Schulz-Kndt	1	11	156.50bG				
Prss. cs. Anl.	v	3½	95.50bG	Kur- u. Neum	a	3½	—.—	do. Staatsrnt	a	3½	82.90b	Lmb. Czn. stf	c	4	—.—	do. uk. 96u06	a	3½	93.00G	Siem. Glas 3	a	4½	103.50B	Isenbeck & C	O	5	84.00G	do. Spiegel.	1	20	257.50b					Schwel'n. Eis	—	10	133.50G				
do. do.	v	3	84.30b	do. alte	a	3½	95.19G	do. Gold A. ET	a	3	76.00G	Oest. U. S. alt.	c	3	87.60G	do. uk. 04u13	a	3½	95.00G	Siem. Halsk 3	d	4	99.25G	Kiel. Schloss	O	10	169.10G	do. St. Hubbe	1	0	77.00bG	Lahmeyer E	4	7	129.00bB	Seebeck Sch	7	0	97.00G				

Bank-Aktien.

Industrie-Aktien.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. indust. Gesellsch.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Strassen- u. Kleinbahnen.

Schiffahrts-Aktien.

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Brauerei-Aktien.

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe.

Deutsche Lose.

Renten-Briefe.

Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.

Preussische Pfandbriefe.

Wechselkurse.

Geld, Silber, Banknoten.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190704272-13/fragment/page=0004